

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Dacapo für Schwarz-Blau: Umfärben und Abkassieren

Vor nunmehr drei Monaten, unmittelbar nach der jüngsten Nationalratswahl, gaben wir an dieser Stelle unserer Skepsis Ausdruck, dass Wolfgang Schüssel eine andere als die geübte Koalition eingehen werde. Es hat zwar unnötig lang gedauert, der Kanzler wollte offenbar im Verwirrspiel seiner Sondierungen den schwarzen Peter für ein Nichtzustandekommen einer Großen Koalition dem Widerpart zuschieben, aber herausgekommen ist letztlich das Erwartete.

Schüssel gibt heute auf die Frage, warum er eigentlich Neuwahlen vom Zaun brach, unverhohlen zur Antwort: „Schauen Sie sich die Zusammensetzung des neuen Nationalrats an.“ Im Klartext: Die Wähler des Koalitionspartners sind in Scharen zur ÖVP übergelaufen. Die „Demütigung der Parteien“, für die der rache-schnaubende Jörg Haider dem Kanzler in Aussicht stellt, er werde dafür „einmal“ bitter bezahlen müssen, war im Grunde nur eine der FPÖ. „Einmal“ – das soll wohl heißen, der Termin für die Fallfrist ist offen, aber wenn die Gelegenheit da ist, wird die Rechnung präsentiert, und sei es nur, um Schüssel mit in den eigenen Untergang zu reißen. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen des die in seiner Partei immer wieder auftretenden Sprünge mühsam kitten den FP-Obmanns sitzt der Todeskeim der Instabilität von Anfang an in der alt-neuen Partnerschaft. Zwar ist Haider wohl für immer

entzaubert und seine Kanzlerträume sind ein für allemal dahin – und das ist gut für Österreich. Aber sein Rückhalt in der Partei, die er groß gemacht hat, ist noch immer stark genug, um gegebenenfalls aus Schüssels Begeisterung über die Zusammensetzung des Nationalrats dessen Sturz zu provozieren: Ein paar FPÖ-Stimmen weniger bei einer Vertrauensfrage, und der ÖVP-Triumph ist Geschichte.

Wenn das Wahlverhalten einer Mehrheit der Österreicher möglicherweise dadurch mitbestimmt war, dass sie – nicht zuletzt mit dem Blick auf Deutschland – Rot-Grün verhindern wollten, so ist doch, glaubt man den Umfragen über die Koalitionspräferenzen, die Neuaufgabe des Gehabten keineswegs ihr Herzenswunsch gewesen. Und dazu müssen sie sich jetzt bei der Präsentation des Regierungsprogramms fragen, ob sie das wirklich wollten: die Abschaffung der Frühpensionen ohne Rücksicht auf einen gerade unter den Älteren immer mehr Arbeitslosigkeit produzierenden, stagnierenden Arbeitsmarkt; die Anhebung der Steuern auf Benzin, Diesel und Heizenergie, die den Kleinverdienern das, was als Mini-Steuerreform in die eine Tasche fließen soll, aus der anderen wieder nimmt; die Aussicht, bei jedem Arztbesuch einen geschmalzenen Selbstbehalt hinlegen zu müssen; den Verkauf der letzten Reste der verstaatlichten Betriebe; den Kauf von Abfangjägern,

für die man erst die nächste Regierung zahlen lassen will. Das ist jedenfalls nicht der Atem der großen Reformen, die als unerlässlich angekündigt wurden, sondern der alteingefahrene Weg, die Finanzprobleme durch Belastungen der Bürger zu lösen. Und das auf eine Weise, die die soziale Situation breiter Schichten nur minimal berücksichtigt. Und die keine Antwort weiß auf die Frage, wie das von den meisten als Problem Nummer 1 Erkannte, die Arbeitslosigkeit, wirksam bekämpft werden kann.

Die Sozialdemokratie hätte in eine Koalition mit der Volkspartei zweifellos manches einbringen können, was einschneidende soziale Härten bei den auch von ihr als sinnvoll erkannten Reformen hätte verhindern oder mildern können. Aber man sollte sich keiner Täuschung hingeben, dass die letztlich doch dominierende Kanzlerpartei das allenfalls Positive als ihr Werk reklamiert, die Belastungen hingegen als gemeinsam zu tragende Notwendigkeiten ausgegeben hätte. In der Opposition sollte sich die Aufgabe unserer Partei noch klarer als bisher und nicht nur in der Verdammung der schwarz-blauen Drangsale definieren lassen. Gerade angesichts der in ihrer Stabilität permanent bedrohten Regierung muss neben der unerlässlichen Kritik an deren Maßnahmen das Gegenkonzept der österreichischen Sozialdemokraten in den Vordergrund treten.

Gusenbauers „Zwölf Initiativen für ein modernes Österreich“, die Schüssel als inakzeptable „Bedingungen“ zurückgewiesen hat, sind eine gute Grundlage dafür. Ihre Präzisierung und Feineinstellung gemäß dem Prinzip, dass Wahrheit konkret ist, wird die Aufgabe von Politikern und Experten sein, die ein Gegenmodell erarbeiten, das für die Mehrheit der Menschen in seinem greifbaren Angebot zur erstrebenswerten Alternative wird.

Die von konservativer Seite behauptete Reformfeindlichkeit der Sozialdemokraten wird durch ihre ununterbrochene Wiederholung um nichts wahrer. Allerdings wird man uns nicht absprechen können zu fragen: Reform – für wen? Wenn es heute auch bei vielen als unfein und ewiggestrig gilt, das Wort Sozialismus in den Mund zu nehmen, so sollten wir es doch lieber mit Bruno Kreisky halten, der den demokratischen Sozialismus als die „permanente Reform“ definierte. Die Bedingungen für solche Reformen mögen sich in einer Zeit der Globalisierung, in einer Zeit, in der wirtschaftliche Sinnhaftigkeit oft ausschließlich nach der Einträglichkeit für die Aktienbesitzer beurteilt wird, geändert haben. Doch an der Frage „Reform – für wen?“ werden sich nach wie vor die Geister scheiden. Wenn wir sie richtig und für jeden verständlich beantworten, wird die Neuaufgabe von Schwarz-Blau, ob mit oder ohne vorzeitigen Sturz, Episode bleiben. ■

Manfred Scheuch

Größter Raubzug unserer Geschichte

Jüngst wurde der Schlussbericht der Historikerkommission über den Vermögensentzug während der NS-Zeit und Rückstellungen bzw. Entschädigungen nach 1945 der Öffentlichkeit präsentiert. Der Auftrag dafür war 1998 von der damaligen Bundesregierung erteilt worden. Unter dem Vorsitz des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Clemens Jabloner wurden von rund 160 Forschern mehr als 100.000 Akten durchgesehen und daraus auf 14.000 Seiten 54 Berichte erstellt. Sie geben Auskunft über den größten Raubzug der österreichischen Geschichte. Die Betroffenen waren in erster Linie die in Österreich vor 1938 lebenden Juden, die insbesondere durch die so genannten Arisierungen, aber auch durch schikanöse Bestimmungen beim Verlassen des Landes oder durch Plünderungen, Diebstähle und Erpressungen ihres Besitzes beraubt oder durch Berufsverbote und Entlassungen geschädigt wurden. Was die Rückstellung anlangt, so habe die Republik dabei nach 1945 „oft nur halbherzig und teilweise recht zögerlich“ agiert. Es sei aber unrichtig, zu behaupten, Österreich habe in dieser Beziehung überhaupt nichts getan.

Die Rückstellung war aber so organisiert, dass sie als „Holschuld“ und nicht, was bei politischer Großzügigkeit angebracht gewesen wäre, als „Bringschuld“ betrachtet wurde, das heißt, die Betroffenen mussten von sich aus ihre Forderungen anmelden. Diese Haltung sei nicht zuletzt eine Folge der Opferrolle gewesen, die sich das befreite Österreich zuschrieb. Aber etwa aus den Akten des damaligen Finanzministeriums lasse sich auch ein latenter Antisemitismus herauslesen. Der Druck der westlichen Besatzungsmächte, insbesondere

der USA, habe mit dazu beigetragen, dass in jener Zeit Rückstellungen, so genannte Wiedergutmachungen, erfolgt sind. In der Nachkriegszeit wurden sieben Rückstellungsgesetze erlassen, doch „arisierte“ Wohnungen waren dabei nicht einbezogen. Bei Vermögen war das Prinzip die Naturalrestitution – zurückgegeben wurde nur, was noch vorhanden war. Entschädigungen wurden von der Republik erst – unzureichend – nach Abschluss des Staatsvertrags gezahlt.

Die von den Nazis beschlagnahmten nichtjüdischen Vermögen – so die der 26 katholischen Stifte –, wurden meist nach dem gleichen Prinzip, also nicht privilegiert, entschädigt. Roma und Sinti bekamen nichts – erst die Historikerkommission stellte fest, dass auch sie Vermögenswerte verloren hatten.

Eine weitgehende Rückstellung an Parteien und Gewerkschaften erfolgte bei den bereits vom Ständestaat nach 1934 erfolgten Beschlagnahmen von Vermögen.

Die Frage, wer die einzelnen Ariseure waren, blieb unbeantwortet. Das sei auch nicht die Aufgabe der Kommission gewesen, ganz abgesehen von Problemen des Datenschutzes. Jedenfalls aber habe sich feststellen lassen, dass die Ariseure nur zum geringen Teil „Reichsdeutsche“ waren, sondern vor allem Österreicher.

Auch mit anderen Vorurteilen lasse sich auf Grund der Ergebnisse der Untersuchungen aufräumen. So, dass es nur ganz reiche Juden und ein Lumpenproletariat gegeben habe – die Zwischenschichten, die beraubt wurden, waren zahlenmäßig beträchtlich. Oder etwa das lancierte Gerücht, dass Juden nach 1945 keine Steuern zu zahlen brauchten. ■



Viele Karteiblätter der Gestapo zeigen „Verbrecher“-Fotos wie das des elfjährigen Karl Rigo-Stojka

5. Mai: „Briefe in den Himmel“

Österreichische Schüler sind zur Zeit mit einem großen zeitgeschichtlichen Projekt befasst: Sie recherchieren die Einzelschicksale von Opfern des Holocaust und schreiben sie auf. Am 5. Mai 2003 findet auf dem Wiener Heldenplatz eine Großveranstaltung unter dem Titel „A Letter To The Stars“, Briefe in den Himmel, statt. Zehntausende Schüler im Alter zwischen 13 und 19 Jahren, die sich in den Monaten zuvor mit den Geschichten jener 65.000 Juden und 15.000 weiteren von den Nazis ermordeten Opfern befasst haben, werden auf dem Platz zusammenkommen.

Die Schüler werden als Abschluss des großen schulischen Forschungsprojektes einen Brief an den von ihnen „adoptierten“ Menschen, der an einen weißen Luftballon befestigt wird, in den Himmel steigen lassen: Mit 80.000 weißen Luftballons über Wien soll ein Zeichen der Erinnerung und Mahnung gesetzt und gezeigt werden, dass die Jugend bereit ist, „die Geschichte dem Vergessen zu entreißen“. Diese zeitgeschichtliche Forschungsarbeit durch österreichi-

sche Jugendliche wurde dadurch möglich, dass die Namen fast aller österreichischen jüdischen Opfer nach zehn Jahren intensiver Forschung durch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes – von Anna Abel bis Sender Zysmanowicz – nun bekannt sind. Man weiß nun, wo diese Menschen gelebt haben, wann sie deportiert wurden, wo sie getötet wurden.

Das Projekt „A Letter To The Stars“ ist eine Initiative zweier österreichischer Journalisten, Andreas Kuba und Josef Neumayr. Sie haben dafür den Verein „Lernen aus der Zeitgeschichte“ gegründet, das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur begleitet das in allen Bundesländern durchgeführte Projekt. Karl Stojka, geb. Rigo, der – 11-jährig eingeliefert – das Vernichtungslager überlebt hat, begrüßte das Projekt mit folgenden Worten: „Die Opfer des Holocaust wurden verdrängt, vergessen und wieder zur anonymen Zahl. Wir können all diese Menschen nicht wieder lebendig machen, aber wir können ihnen ihre Namen, ihr Gesicht, ihre Würde zurückgeben.“ ■

Erster Transport nach Dachau

Noch vor Hitler war schon am 12. März 1938 Heinrich Himmler mit einem Stab von Gestapo-Spezialisten in Wien gelandet. Sofort begannen die Verhaftungen prominenter österreichischer Nazi-gegner. „Vorarbeit“ hatten schon in der Nacht von 11. auf 12. März österreichische Nationalsozialisten geleistet, indem sie zahlreiche Personen willkürlich festgenommen hatten. Die Hauptstoßrichtung der Verhaftungswelle richtete sich gegen Repräsentanten des austrofaschistischen Ständestaates und gegen Juden. Das Gros der Verhafteten waren Politiker und Funktionäre der Vaterländischen Front, Ministerial- und Exekutivbeamte, christliche Gewerkschafter, Monarchisten und Heimwehrführer. Von den Linken waren es hauptsächlich die von 1934 bis 1938 tätigen Revolutionären Sozialisten und Kommunisten. Allerdings gab es für linke Regimegegner, die sich vor dem März 1938 für ein Zusammengehen gegen die Nazigefahr ausgesprochen hatten, keinen Pardon.

Am 31. März ging der erste Transport mit 150 österreichischen Häftlingen von Wien ab und traf am 1. April im Konzentrationslager Dachau ein. Zu den bekanntesten Politikern von bürgerlicher Seite gehörten unter anderem Leopold Figl, Alfons Gorbach, der Generalsekretär der VF Oberst Walter Adam, der VF-Propagandaleiter Fritz Bock, der Wiener Bürgermeister Richard Schmitz, der frühere Finanzminister Ludwig Draxler, der Ständestaat-Gewerkschaftspräsident Johann Staudl, der Kommandant des Anhaltelagers Wöllersdorf (Baron) Emanuel Stillfried, der Chef der Ostmärkischen Sturmsharen Josef Kimmel, weiter Felix Hurdes, die

Journalisten Friedrich Funder und Rudolf Kalmar, die Söhne des 1914 in Sarajevo ermordeten Thronfolgers Franz Ferdinand sowie Sektionschef Robert Hecht, der den autoritären Kurs von Bundeskanzler Dollfuß juristisch untermauert hatte. Er war jüdischer Herkunft und beging im KZ infolge der barbarischen Behandlung Selbstmord. Prominenteste sozialdemokratische Häftlinge waren Robert Danneberg (1942 in Auschwitz ermordet), der Schutzbundführer Major Alexander Eifler (er starb 1945 in Dachau), Stefan Billes sowie Franz Olah, der maßgeblich an der Floridsdorfer Betriebsrätekonferenz, die zur Unterstützung von Schuschniggs Volksabstimmung bereit war, teilgenommen

hatte. Bekanntester kommunistischer Funktionär im ersten Transport war Ludwig Soswinski; Viktor Matejka, später Kommunist, kam als christlichsozialer Arbeiterkammerfunktionär nach Dachau. Unter den jüdischen Intellektuellen, Künstlern und Unternehmern im Transport war der spätere Präsident der Kultusgemeinde Emil Maurer und der durch seine Libretti für Lehár- und Abraham-Operetten bekannte Schriftsteller Fritz Löhner-Beda (in Auschwitz ermordet).

Insgesamt wurden in den März- und Apriltagen (auch eine „Vorbereitung“ für Hitlers Volksabstimmung) nach Schätzungen bis zu 76.000 Österreicher verhaftet.

Gedenken an Robert Danneberg



Am 12. Dezember 1942 wurde Robert Danneberg in Auschwitz ermordet. 60 Jahre danach gedachte die SPÖ des sozialdemokratischen Mandatars, der als Gemeinderat, Stadtrat und Abgeordneter zum Nationalrat zur Führungsgruppe der Sozialdemokratie in der Ersten Republik zählte. Danneberg gelang im März 1938 nicht mehr die Flucht aus Österreich und er wurde am 1. April 1938 mit dem ersten

Transport von Gestapo-Häftlingen nach Dachau deportiert. Von dort wurde er in das KZ Buchenwald überstellt und kurz nach seiner Einlieferung im Vernichtungslager Auschwitz ermordet. Beim Gedenkstein im Arenberg-Park legten namens der Freiheitskämpfer Edith Krisch und Ernst Nedwed und namens der BO Landstraße Abgeordneter Jan Krainer und Andrea Trattinig einen Kranz nieder.

Gedenkveranstaltung

Anlässlich des 65. Jahrestages des ersten Transports von Gestapohäftlingen in das Nazi-Konzentrationslager Dachau am 1. April 1938 findet am Dienstag, 1. April 2003, 10.30 Uhr, in der unteren Halle des Westbahnhofes eine Gedenkveranstaltung statt. Programm:

- Begrüßung: Bezirksvorsteher Ing. Rolf Huber
- Dachau-Lied
- Reden der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs: Dr. Gerhard Kastelic (ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten), Prof. Alfred Ströer (Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus), Oskar Wiesflecker (KZ-Verband)
- Moorsoldaten-Lied
- Gedenkrede von Kulturstadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny
- Anschließend Kranzniederlegung mit einem Vertreter der Lagergemeinschaft Dachau
- Bundeshymne

11. Mai: Mauthausen

Die Internationale Mauthausen-Befreiungsfeier findet diesmal am Sonntag, dem 11. Mai statt. Beginn 11 Uhr, vorher, um 10.15 Uhr, wird eine sozialdemokratische Kundgebung beim Gedenkstein für den in Mauthausen ermordeten Schutzbündler Richard Bernaschek abgehalten.

Der Landesverband Wien fährt um 7.00 Uhr mit Bussen ab. Treffpunkt Wien 1, Löwelstraße 18. Anmeldung bis spätestens 30. April unter: Tel. 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail: kaempfer@spoe.at.

Die Abfahrtszeiten der Landesverbände sind in den einzelnen Landessekretariaten zu erfragen.

Eine Buchbesprechung und keine Richtigstellung

Zu einem Artikel in der Nummer 10-11-12/2002, Seite 11, haben wir per E-Mail von Mag. Peter Wasserthauer vom „Haus der Heimat“ eine kritische Notiz erhalten, in der um eine Richtigstellung ersucht wird. Dazu wollen wir Folgendes feststellen:

Es handelt sich in unserem Artikel um eine Besprechung von zwei Büchern, die jeweils unter dem gleichen Titel „Die Beneß-Dekrete“ erschienen sind. In diesen wird die Diskussion um die Vorgeschichte und die Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der ČSR von verschiedenen Standpunkten aus geführt. Will man sich mit diesem Thema befassen, muss man die beiden Bücher lesen und sich mit den Autoren auseinandersetzen. Wir haben die beiden Bücher empfohlen, weil wir einseitige Kampagnen ablehnen.

In einer Nebenbemerkung haben wir darauf hingewiesen, dass der Verband volksdeutscher Landsmannschaften Österreichs VLÖ über schwarz-blaue Initiativen Subventionen von insgesamt 7,3 Millionen Euro erhält. Und wir bemerkten dazu, dass die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs von solchen Beträgen nur träumen kann. Von unserer kritischen Meinung lassen wir uns auch von diversen Erläuterungen über die Ursachen der Zuwendungen nicht abhalten. Wir wissen jedenfalls, dass die Initiative dafür von rechts außen gekommen ist, und wir können dafür ein Zitat von Jörg Haider anbieten: Am 20. 10. 2000 sagte er in der Wiener Stadthalle: „Reden wir über Wiedergutmachung: Die betrifft nämlich nicht nur die in New York und im Osten, sondern vor allem auch unsere sudetendeutschen Freunde. Wir

wollen uns zuerst um die eigenen Leute kümmern.“ Man erkennt also das aus diesen Kreisen bekannte Denkmuster: Juden und andere von den Nazis Vertriebene – das sind nicht „unsere Leute“.

Zum „Haus der Heimat“ gibt es eine lange Liste, aus der hervorgeht, dass Referenten aus dem Dunstkreis rechtsextremer Parteien und Vereine ständige Gäste sind. Wenn vom VLÖ ins Treffen geführt wird, dass die Räume zwecks Geldbeschaffung vermietet werden müssen, ist dies sehr fadenscheinig. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes weist z. B. darauf hin, dass das mit Fördergeldern bedachte „Haus der Heimat“ mehr als einmal seinem Ruf als rechtsextremer Veranstaltungsort gerecht wurde. Am 18. November 2002 sprach dort niemand Geringerer als Franz Schönhuber. Der ehemalige Waf-

fen-SS-Mann und Vorsitzende der deutschen Republikaner versucht schon seit einiger Zeit sein ganzes Gewicht für die Einigung der zersplitterten deutschen Rechtsextremistenszene in die Waagschale zu werfen. Schönhuber schreibt auch regelmäßig unter anderem für die rechtsextreme Zeitschrift „Nation und Europa“. Die Tageszeitung „Der Standard“ berichtete über diese Veranstaltung, dass rund 200 Menschen der Ankündigung des „Neuen Klubs“ in Andreas Mölzers Postille „Zur Zeit“ gefolgt sind. Auch der Mitherausgeber der Zeitung, der FPÖ-Bundesrat Johann Gudenus, nahm daran teil. Zu Beginn beklagte Schönhuber den Niedergang der FPÖ. „Kärnten war für uns deutsche Patrioten immer das gelobte Land, Haider der unumstrittene Führer“, jammerte der Republikaner. Auch ein Schuldiger wurde für das rechte Fiasko gefunden. „Ich habe Hai-

der immer gesagt, (Anm.: der freiheitliche EU-Abgeordnete Peter) Sichrovsky wird noch einmal dein Sargnagel sein“. Dieser sei ein „Deutschen-Hasser“. In dieser Weise ging es dann flott weiter.



Wir können noch eine weitere Veranstaltung mit einer Einladung in Faksimile belegen. Der Inhalt spricht für sich.

Über sonstige Veranstaltungen in diesem „Haus der Heimat“ liegt eine lange Liste rechtsextremer Referenten vor, die wir gerne über Wunsch veröffentlichen können. Also Herr Wasserthauer, es gibt nichts richtig zu stellen, sondern nur zu ergänzen. ■

Ernst Nedwed

Slowenen-Vertreibung 1942



Ankunft der deportierten Slowenen in einem Lager

An die Deportation zahlreicher Kärntner Slowenenfamilien im Jahr 1942 und den Partisanenkampf in Kärnten erinnerte eine Ausstel-

lung, die von der Österreichischen Liga für Menschenrechte im Atelierhaus der Akademie der bildenden Künste in Wien veranstaltet wurde. Nach der Besetzung Jugoslawiens 1941 begann eine intensive Germanisierung. Aus Oberkärnten und der Untersteiermark wurden Zehntausende nach Kroatien und Serbien ausgewiesen. Als 1941 die deutschen Bewohner des Kanaltals (das von Kärnten 1919 abgetrennt und von Italien annektiert worden war) im Zuge der Südtiroler Option „heim ins Reich“ kamen, ordnete SS- und Polizeichef Himmler deren Ansiedlung im „doppelsprachigen Gebiet des Reichsgaues“ Kärnten an: „Die Betriebe der etwa 200 slowenischen Familien dieses Gebietes, die als volks- und staatsfeindlich

bekannt sind, sind zur Besetzung mit Kanaltälern heranzuziehen“. Schlagartig erfolgte am 14. und 15. April die „Evakuierung“ dieser Familien, insgesamt 1.075 Personen (viele männliche Angehörige waren zur gleichen Zeit im Kriegseinsatz bei der Wehrmacht). Man brachte sie zunächst in ein Lager am Stadtrand von Klagenfurt, dann wurden sie auf verschiedene Orte des „Altreichs“ aufgeteilt.

Diese Behandlung der Slowenen führte dazu, dass auch Kärntner zur „Slowenischen Befreiungsfront“, den Tito-Partisanen, stießen, als diese ihren Operationsbereich zeitweise auf Südkärnten ausdehnen konnten. Die „Bandenbekämpfung“ band monatelang Kräfte der SS und der Gendarmerie. ■

Widerstand in Korneuburg

Vor sechzig Jahren, am 22. Februar 1943, starben in Berlin-Plötzensee vier Korneuburger Arbeiter – der Eisendreher Johann Gruber, der Schlossergehilfe Rudolf Alexander, der Maurer und Schiffschmied Anton Jordan und der Maurergehilfe Johann Mühl – unter dem Fallbeil der Nazihenker. Bereits eine Woche zuvor, am 15. Februar, wurde der Korneuburger Bau- und Maschinenschlosser Josef Schwarzböck im Landesgericht Wien enthauptet. Er war mit 15 Jahren der Sozialistischen Arbeiterjugend beigetreten und dann bis zur Zerschlagung der österreichischen Sozialdemokratie im Februar 1934 durch das Dollfuß-Regime im Metallarbeiterverband und in der SDAP organisiert.

Alle Ermordeten waren in der Korneuburger Schiffswerft beschäftigt gewesen, wo sie gemeinsam – Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten – eine illegale Betriebszelle organisierten. Die Aktivitäten solcher Widerstandsgruppen waren: Wahrung des gesinnungsmäßigen

Zusammenhalts unter den Mitgliedern, Sammlung von Geldspenden für die Familien Inhaftierter und Verfolgter, Versuch des Einflusses auf Lohnverhandlungen und andere gewerkschaftliche Fragen, gelegentliche Streu- und Flugzettellaktionen im Betrieb, nach Kriegsausbruch allenfalls individuelle passive Resistenz am Arbeitsplatz.

In der Korneuburger Schiffswerft wurde die Widerstandszelle auf Initiative von Josef Schwarzböck und Franz Fukatsch aufgebaut. Schon die Austrofaschisten führten bei Schwarzböck und dem Volksschullehrer Franz Jaworsky Hausdurchsuchungen durch, wobei „staatsfeindliches Schriftenmaterial“ beschlagnahmt wurde. Auch ihre Sorge um das Begräbnis des an den Folgen der Haft im Anhaltelager Wöllersdorf gestorbenen ehemaligen sozialdemokratischen Korneuburger Stadtrates Leopold Loibl wurde in den Polizeiakten vermerkt.

In den Kriegsjahren, nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion, zogen sich die Schlingen

der Gestapo um die Widerstandskämpfer rasch enger. Schwarzböck wurde schon im Juli 1941, die Übrigen im Sommer 1942 verhaftet. Es wurde ihnen zur Last gelegt, Geld für die Kommunistische Partei und die Rote Hilfe gesammelt bzw. gezahlt zu haben. Im November wurde Josef Schwarzböck vom NS-Volksgeschichtshof in Wien und die Übrigen in Berlin von einem VGH unter dem Vorsitz des berüchtigten Blutrichters Roland Freisler wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt. Nach der Bekanntgabe der Todesurteile meldete der Kreisleiter von Korneuburg an die Gauleitung, dass die Urteile bei den Arbeitern der Schiffswerft „sehr deprimierend“ gewirkt hätten; die Hinrichtung der charakterlich einwandfreien und als Facharbeiter tüchtigen Männer sei „von den Volksgenossen“ als unverhältnismäßig hart empfunden worden. ■

Herbert Exenberger
(aus Anlass einer Ausstellung)

Gedenkstätte 2002

Dem Jahresbericht der „Gedenkstätte des österreichischen Freiheitskampfes von 1938 bis 1945“ ist zu entnehmen, dass diese im Jahr 2002 von insgesamt 1.343 Personen besucht wurde. Es wurden zwei spezielle Gedenkstunden veranstaltet: die Gedenkstunde der Schuljugend am 15. März und die Gedenkkundgebung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände am 31. Oktober mit 60 Teilnehmern.

BERICHTIGUNG

In der Ausgabe 7-8-9/2002 des Sozialdemokratischen Kämpfers wurde Peter Hilferding-Milford intümlich als Sohn „aus zweiter Ehe“ des sozialdemokratischen Politikers Dr. Rudolf Hilferding bezeichnet. Dr. Peter Milford, heute 95-jährig, ist der um drei Jahre jüngere vom selben Elternpaar stammende Bruder des von den Nazis ermordeten Karl Hilferding.

Trauer um Volkmar Gabert

Ein guter Freund der österreichischen Sozialdemokraten, der frühere bayerische SPD-Landesvorsitzende Volkmar Gabert ist im Februar kurz vor seinem 80. Geburtstag gestorben. Gabert wurde am 11. März 1923 in Teplitz-Schönau in der ČSR geboren, wo er Mitglied des Arbeiter-Turnvereines und der Roten Falken war. Als das Sudetenland nach dem Münchner Diktat von Nazi-Deutschland besetzt wurde, musste er als 15-jähriger mit seinen Eltern nach Großbritannien flüchten. Sein Vater gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der sudetendeutschen Sozial-

demokratie und war bis zur Machtergreifung der Nazis aktiv im antifaschistischen Widerstand gegen die Henlein-Bewegung tätig. Volkmar Gabert war in England Mitglied des Exilvorstandes sudetendeutscher Sozialdemokraten. 1945 kehrte er als Übersetzer der US-Armee nach Bayern zurück und begann anschließend seine Tätigkeit in der SPD. Von 1950 bis 1958 war er Landesvorsitzender der bayerischen Jungsozialisten. Bis 1979 gehörte er dem Bayerischen Landtag an. 1963 bis 1972 war er Landesvorsitzender der bayerischen SPD. Gabert gehörte auch dem SPD-

Vorstand an und leitete die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten im Alpenraum. Weitere Funktionen waren: Vorsitzender der SPD-Fraktion und anschließend Vizepräsident des Bayerischen Landtages. Von 1979 bis 1984 war er EU-Abgeordneter.

Präsident Hubert Pfoch erinnert sich noch an die Jahre der engen Zusammenarbeit zwischen den deutschen Jungsozialisten und der Sozialistischen Jugend Österreichs, in denen Volkmar Gabert sehr oft in Wien gewesen ist. Ernst Nedwed lernte ihn auch schon damals kennen und hatte später wieder Kontakt mit ihm als

Vorsitzendem der Georg-von-Vollmar-Akademie der SPD Bayerns in der Zusammenarbeit mit SPÖ-Bildungsfunktionären bei Seminaren in Kochel am See und in München.

1986 wurde Gabert Vorsitzender der Seliger-Gemeinde, der Organisation sudetendeutscher Sozialdemokraten, und ab 1998 war er auch Mitglied des Verwaltungsrates des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds.

Wir österreichischen Sozialdemokraten werden den engagierten Sozialdemokraten und Antifaschisten in treuer Erinnerung behalten. E. N. ■

Die Kämpfer des 12. Februar

Zunächst ist der 12. Februar ein Gedenktag – an die Opfer der Kämpfe, an jene, die für Demokratie und Freiheit gekämpft haben. Es ist kein Feiertag, es ist ein Tag der Mahnung“, sagte der Vorsitzende der SPÖ Wien, Bürgermeister Michael Häupl, im Rahmen einer Gedenkveranstaltung im Lassalle-Hof in Wien-Leopoldstadt.

Scharfe Kritik übte der Bürgermeister an entsprechenden Äußerungen des neuen ÖVP-Generalsekretärs Reinhold Lopatka, wonach der „Sturm auf das rote Wien“ anstehe. „Das haben wir schon einmal gehört“, so Häupl und fügte hinzu, dass es geschmacklos sei, „wenn jemand meint, mit einer Zeit und einer historischen Situation spielen zu können, an deren Ende etwas steht, das wir nie wieder erleben wollen“.

Beklemmende Aktualität erhalte der 12. Februar aber auch durch die „Bedrohung des Friedens in der Welt“, so Häupl weiter. Kein Sozialdemokrat könne die Aggressionspolitik oder das

Regime Saddam Husseins billigen. Auch sei es selbstverständlich, Gefährdungen der Demokratie entschlossen und gemeinschaftlich entgegenzutreten. „Es ist aber unakzeptabel, dass der Wille eines Präsidenten unabhängig vom Weltrecht, von der Weltordnung einfach umgesetzt wird. In dieser Frage ist nicht die Meinung Europas isoliert, sondern die Meinung eines Präsidenten“. In diesem Sinne appellierte der Bürgermeister, im Namen der „humanistischen und demokratischen Solidarität“ zu Verhandlungen zurückzukehren und nicht die „Logik von Krieg und Terror“ zu akzeptieren. Denn wenn man sich derselben Mittel und Methoden bediene, so Häupl, hätten am Schluss die Terroristen gewonnen. „Der 12. Februar ist eine Mahnung, für Versöhnung und Miteinander sowie für das friedliche Lösen von politischen Konflikten einzutreten“.

Einleitend hatten bei der Feier die SPÖ-Bezirksvorsitzende Brigitte Ederer und der Bundes-



Gedenken im Lassalle-Hof (v. l. n. r.): Edith Krisch, Erna Musik, Michael Häupl, Alfred Ströer

vorsitzende der Freiheitskämpfer Alfred Ströer das Wort ergriffen. Ströer erinnerte an die hasserfüllte Feindseligkeit der Austrofaschisten auch nach ihrem „Sieg“. Er zitierte als Beispiel für die kleinliche Schabrigkeit des Regimes einen Strafakt des Polizeikommissariats Simmering gegen den Straßenbahner Philipp Rollauer, der im November 1934

zwei Blumen auf das Grab des im Februar hingerichteten Georg Weissel gelegt hatte: „Der Beschuldigte hat durch sein Verhalten ... die Ordnung an einem öffentlichen Ort gestört ... Sein Verhalten war außerdem geeignet, bei den anderen Friedhofsbesuchern Ärgernis zu erregen“. Der Straßenbahner wurde mit zwei Wochen Arrest bestraft. ■

Koloman-Wallisch-Gedenken



1934 Verteidiger der Mur-Brücke: Fritz Inkret erinnert sich

Bei der Gedenkfeier für Koloman Wallisch in Leoben berichtete als einer der letzten noch lebenden Schutzbündler des Mateotti-Bataillons der stv. Vorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Fritz Inkret, über die Vorgänge in den Februartagen. Er hatte mit vier Genossen die Brücke nach Leitendorf gegen eine Übermacht von 30 Heimwehrlern und 6 Gendarmen vier Stunden lang verteidigt, seine Gruppe wurde dann beim Rückzug entwaffnet und er selbst wurde nach achtstündiger Beratung des Standgerichts dem ordentli-

chen Schwurgericht übergeben. In die Todeszelle kam der von einem Bundesbahner verratene Koloman Wallisch. Sein Tod war vorbestimmt. Kanzler Dollfuß rief mehrmals an, ob das Urteil noch nicht gefällt sei, der Staatsanwalt Wazek-Mischan schrie, Wallisch sei eine Eiterbeule, die ausgeschnitten werden müsse. Um 23.45 Uhr wurde Wallisch gehenkt – die Leobener Handwerker weigerten sich, den Galgen aufzustellen. Beim letzten Gang sagte er zu seiner Frau Paula: „Sei tapfer, mach es mir nicht schwer.“ Bei Nacht und Nebel wurde er verscharrt, das Grab

wurde eingeebnet. Erst nach 1945 wurden die Gebeine nach Bruck überführt.

Bei der Feierstunde sprach Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad über „Die Funktion der historischen Erinnerung für die Politik von heute“. Auch die Mitglieder des SPÖ-Stadtparteivorstands von Kapfenberg mit Bürgermeister Manfred Wegscheider gedachten der Kämpfer des Februar. Gemeinderat Helmut Pekler erinnerte an die Ereignisse zwischen 1927 und 1934 und schloss daran die Aussage: „Für Freiheit, Arbeit und Recht einzutreten ist auch heute ein wichtiges Anliegen.“ ■

bleiben unvergessen



Februargedenken 2003 am St. Pöltner Hauptfriedhof

Das Gedenken an die sozialdemokratischen Februarpfropfer des Jahres 1934 wurde auch diesmal wieder eindrucksvoll und würdig am St. Pöltner Hauptfriedhof, bei der Grabstätte der vom Dollfußfaschismus durch den Strang zum Tode verurteilten Johann Hoiss und Viktor Rauchenberger durchgeführt. Eine große Zahl von Vertrauenspersonen hat

daran teilgenommen. Der Landesvorsitzende der Freiheitskämpfer, LA a. D. Karl Gruber hielt die Gedenkrede, welche in mahnenden Worten die Gefahren des Faschismus darstellte.

Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime hat die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft bis auf das Äußerste bekämpft und ruiniert, während die Arbeitslosigkeit im Jahr 1933 bis auf

26 % hinaufgeklüffelt ist. Das Betriebsrätegesetz war dem Faschismus genauso im Weg wie der Achtstundentag, das Gesetz über die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben, das Gesetz über die Kommunalisierung von Betrieben, die Invalidenentschädigung, das Arbeiterurlaubsgesetz, das Gesetz über die Errichtung von Arbeiterkammern, das Mieterschutzgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Mit der Sozialistischen Jugend Niederösterreich und der SPÖ-Bezirksorganisation Sankt Pölten haben die Freiheitskämpfer am Abend des 12. Februar 2003 im Niederösterreich-Haus der SPÖ eine große Gedenkveranstaltung abgehalten, an der mehr als 300 Personen teilgenommen haben. ■

Feier in Schwechat

Viele Mitglieder der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und der SPÖ Schwechat hatten sich am 12. Februar 2003 im Schwechater Waldfriedhof beim Mahnmal für die Opfer des Faschismus eingefunden. SPÖ-Bezirksvorsitzender LAbg. Gerhard Razborcan begrüßte die Erschienenen, unter ihnen Bürgermeister Hannes Fazekas, Vizebürgermeister Walter Steiger, den LAbg. a. D. Richard Gebert sowie Funktionäre verschiedener Organisationen.

Einleitend zur Feier kam Razborcan auf das politische Umfeld des Jahres 1934 zu sprechen; er mahnte Besonnenheit



Kranzniederlegung am Waldfriedhof Schwechat

und Entschlossenheit ein. Dir. Walter Faderny, stv. Vorsitzender des Landesverbands NÖ der Freiheitskämpfer, erinnerte

in seiner Gedenkrede an die Ereignisse, die zum verhängnisvollen 12. Februar 1934 führten. ■

Münichreiter-Gedenken

Das Kindertagesheim am Goldmarkplatz in Wien-Hietzing – eines der ersten Arbeiterkinderheime der Kinderfreunde – war am 12. Februar 1934 einer der Sammelpunkte des Republikanischen Schutzbundes. Als die Polizei erfuhr, dass sich die Schutzbündler dorthin begaben, wurde ein Großeinsatz eingeleitet. Nach heftigen Feuergefechten mussten die Schutzbündler zurückweichen, der Schuhmacher Karl Münichreiter blieb schwer verletzt am Platz zurück. Er wurde verhaftet, auf der Tragbahre vor ein Standgericht geschleppt und nach einer einstündigen Verhandlung zum Tode verurteilt. In den frühen Morgenstunden wurde Karl Münichreiter von den Schergen des Austrofaschismus schließlich gehenkt. Für Münichreiter wurde am 12. Februar am Goldmarkplatz eine Gedenkfeier veranstaltet. Es sprachen dort der stv. Vorsitzende der Freiheitskämpfer Hietzing, Theo Maier, und Professor Hugo Pepper.

Im Bezirksmuseum Hietzing erinnerten in einer Veranstaltung der Volkshochschule die Söhne zweier hingerichteter Februarkämpfer, Erwin Weissel und Karl Münichreiter, an den Aufstand zur Verteidigung der Demokratie und berichteten, wie sie in ihrer Kindheit den 12. Februar und die Justizmorde an ihren Vätern erlebt hatten.

Eine weitere Gedenkveranstaltung zum 12. Februar fand in Meidling statt. Gemeinderat Heinz Hufnagl skizzierte die unheilvolle politische Entwicklung in der Ersten Republik, die letztlich in Bürgerkrieg, austrofaschistischer Diktatur und Nazi-herrschaft mündete.

Schicksalsjahr 1933 für De



Erst brannte der Reichstag, zuletzt das ganze Reich

Im Jahr 1933 endete in Deutschland wie in Österreich die Demokratie, die 1918 nach dem verlorenen Krieg und dem Sturz der Kaiser in diesen Staaten Einzug gehalten hatte. Auch wenn sich Nationalsozialismus und Austrofaschismus in ihrer Ideologie und in ihrer politischen Praxis wesentlich unterschieden, so zeigen sich in der historischen Entwicklung doch auch unübersehbare Parallelen.

Beide Republiken – wie viele andere Staaten Europas – standen am Beginn der 30er Jahre im Schatten der großen Weltwirtschaftskrise. In Deutschland waren mehr als 6 Millionen Menschen arbeitslos, in Österreich bis zu 600.000. Dennoch hätte die Demokratie in Deutschland eine Chance gehabt, wenn die Linke einig gewesen wäre. Bei den letzten demokratischen Wahlen für den Reichstag am 6. November 1932 erhielt die SPD 121 und die KPD 100 Mandate gegenüber der Rechten mit 196 Sitzen der Nationalsozialisten

und 52 der Deutschnationalen Partei; als Zünglein an der Waage hätte die christdemokratische Zentrumsparterie mit 70 Sitzen fungieren können. Die Linke war jedoch völlig uneinig, weil Stalins Politik damals noch von strikter Gegnerschaft gegen die „Sozialfaschisten“ (so die Sozialdemokraten im KP-Jargon) bestimmt war und erst nach Hitlers Sieg zur Volksfrontpolitik umschwenkte. Hitler, von der Großindustrie unterstützt, einigte sich mit den Rechtskonservativen, was den greisen Präsidenten Hindenburg bewog, ihn am 30. Jänner 1933 zum Reichskanzler zu berufen.

Die Nazis waren nicht bereit, die Macht wieder abzugeben, und schritten sofort zur Ausschaltung des Parlaments. Den Brand des Reichstagsgebäudes am 27. Februar 1933, entweder Tat eines verwirrten Einzeltäters, aber wohl von Göring inszeniert, nützten sie zur Aberkennung der KP-Mandate. Dem folgte am 24. März die Todesstunde der Demokratie durch das „Ermächtigungsgesetz“, das Hitler diktatorische Vollmachten geben sollte. Die bürgerlichen Parteien, soweit sie nicht in der Koalition des Hitler-Kabinetts waren, hätten die Möglichkeit gehabt, dem die Zweidrittelmehrheit zu versagen. Eingeschüchert, traditionell gegen die Linke und weil der Vatikan um sein Konkordat bangte, stimmten sie dennoch ihrer Selbstentmachtung zu. So wahrte einzig die SPD die Ehre der demokratischen Parteien und stimmte gegen das Gesetz. Ihr Vorsitzender Otto Wels sagte unter anderem: „Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung, aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung,



Noch zeigt sich Hitler mit Zylinder mit seinem deutschnationalen Mehrheitsbringer Franz von Papen als biederer bürgerlicher Politiker



Otto Wels und seine SPD stimmten als einzige gegen das Diktatargesetz

des sozialen Rechts, die in ihr festgelegt sind ...Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene

Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

In Österreich regierte seit Mai 1932 Bundeskanzler Engelbert Dollfuß von der Christlichsozialen Partei mit der offenen antidemokratischen Heimwehr und dem Landbund, gestützt auf nur eine Stimme Mehrheit im Parlament (die Sozialdemokraten waren mit 72 Mandaten gegenüber 66 Christlichsozialen als stärkste Partei aus den Nationalratswahlen 1930 hervorgegangen). Angesichts der tristen Wirtschaftslage und des wachsenden faschistischen Einflusses der von Mussolini geförderten Heimwehr verlangten die Sozialdemokraten im Oktober 1932 Neuwahlen. Die Regierung lehnte ab, auch aus Angst, sie würde – angesichts erster Nazi-

utschland und Österreich

erfolge bei Lokalwahlen – die Mehrheit endgültig verlieren.

Die Nationalratssitzung vom 4. März 1933 führte zu einer Panne, als nach einem Tumult Karl Renner als Erster Nationalratspräsident zurücktrat und die christlichsozialen und großdeutschen Vize dem Beispiel folgten. Dies wäre bei gutem Willen leicht zu beheben gewesen, aber für Dollfuß war es ein „Fingerzeig Gottes“, nun den Weg der Demokratie zu verlassen. Er ließ die Wiederaufnahme des Parlamentsbetriebes am 15. März 1933 mit Polizeigewalt verhindern und regierte fortan mit Notverordnungen des aus der Monarchie stammenden kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes. Die Sozialdemokratie verabsäumte es (so später Otto Bauer), gegen diese kalte Abschaffung der Demokratie mit einem Generalstreik zu protestieren.

Systematisch begannen Dollfuß und seine Heimwehr-Verbündeten, alle nicht genehmen politischen Kräfte durch Schikanen und Verbote auszuschalten. Schon am 20. Mai 1933 wurde die „Vaterländische Front“ als zukünftige Einheitspartei gegründet. In Organisation und Symbolik nahm man sich an Nazivorbildern Beispiel, wobei allerdings die Einbeziehung der katholischen Kirche in die „Ständestaat“-Ideologie eine wichtige Rolle spielte. Neben der grünen Heimwehr wurden die „Ostmärkischen Sturmsharen“ in schwarzen Uniformen als Kampforganisation gegründet. In Frontstellung zum „neuheidnischen“ Hakenkreuz der Nazis wurde das Kruckenkreuz zum Symbol der Vaterländischen Front. Der Heimwehrführer Odo Neustädter formulierte die Linie der Regierung unmittelbar nach dem Aus für das Parlament so: „Ich

sehe keinen Grund, warum man nicht den Vernichtungskampf gegen den Marxismus rücksichtslos führen soll ... Wenn wir ihn nicht führen, dann schwächen wir uns ... Wir können den Nationalsozialismus in Österreich schlagen, indem wir ihn „überhitzen“. Eine Meinung, die Dollfuß durchaus teilte und bei derselben Unterredung erklärte: „Die braune Welle können wir nur auffangen, wenn wir das, was die Nazi versprechen und in Deutschland getan haben, selber machen.“ Dem Wort folgte die Tat: Den ersten deutschen Konzentrationslagern Dachau, Oranienburg und Heuberg folgten in Österreich die Anhaltelager Wöllersdorf und Kaisersteinbruch, die allgemeine Wehrpflicht wurde eingeführt und die Todesstrafe auch im ordentlichen Verfahren wieder rechtskräftig.

Österreichs Sozialdemokraten hatten infolge der Dollfuß-Finten keine Möglichkeit mehr, im Parlament gegen das Ermächtigungsgesetz aufzutreten. Aber als die Regierung, getrieben von Mussolinis Forderungen, zur endgültigen Zerschlagung der Sozialdemokratie antrat, setzten die Schutzbündler ein für alle Zeiten gültiges Zeichen: Sie waren die Ersten in Europa, die dem Faschismus mit bewaffnetem Widerstand entgegentraten. So, wie es der Landbundführer und frühere Vizekanzler Franz Winkler in der noch



Foto: Scheuch, Österreich im 20. Jh., Brandstätter

Mit dem Kruckenkreuz als Symbol und in Heimwehruniform gründete Dollfuß die Vaterländische Front



Foto: V&A

Demokratie ade: Die von Dollfuß ausgeschiedte Polizei hindert 1933 die Abgeordneten am Betreten des Parlaments

demokratisch gebildeten letzten Regierung der Republik einbekannte: „Die Schutzbund-Rebellen vom 12. Februar 1934 standen

auf den Barrikaden zur Verteidigung der in Geltung stehenden Verfassung.“

Manfred Scheuch

Ella Lingens' Kraft und Größe

Am 30. Dezember 2002 ist DDr. Ella Lingens im 95. Lebensjahr gestorben. Sie gehörte zu den großen Persönlichkeiten, die in der „Zeit ohne Gnade“ durch ihre kein Opfer scheuende Menschlichkeit beispielhaft für das „andere Österreich“ stehen.

Ella und ihr Mann Kurt Lingens hatten schon beim November-Pogrom 1938 zehn jüdische Freunde in ihrer Wohnung geborgen. Als 1942 die Deportationen in den Osten begannen, wagten sie es, jüdischen „U-Booten“ beizustehen. Aber solche Menschlichkeit war damals ein Verbrechen. Die Gestapo schlug zu. Kurt Lingens überstand den Krieg mit Glück in einer Strafkompagnie.

Hinter Ella Lingens vermuteten die Häscher eine größere Organisation. Sie wurde von ihrem kleinen Sohn Peter Michael getrennt und vier Monate lang im Gestapo-Hauptquartier am Morzinplatz verhört. Als Einzeltäterin wurde sie im Februar 1943 nach Auschwitz deportiert; dort wurde sie als



Eine von Israels „Gerechten“: Ella Lingens

Häftlingsärztin eingesetzt. In ihrem Erinnerungsbuch hielt sie das, was sie dort täglich erleben musste, fest; das Ausgeliefertsein, den Hunger, die Unbarmherzigkeit der Vernichtungsmaschinerie. Aber auch das Bemühen, den dieser Hölle Ausgelieferten noch wo es ging zu helfen.

Als Auschwitz evakuiert war, kam Ella Lingens ins KZ Dachau. Dort wurde sie im Alter von 37 Jahren von den Amerikanern

befreit. In den Jahren danach arbeitete sie im Sozialministerium als Leiterin des Tuberkulosereferats. Auch nach ihrer Pensionierung 1973 blieb sie ein Lebenlang eine – auch für ihre Gesinnungsfreunde nicht immer bequeme – Mahnerin; Hasserin war sie nie.

Als Ehrenpräsidentin der Österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz trat sie engagiert für die Opfer des NS-Regimes und gegen das Vergessen auf. Sie gehört zu den wenigen Österreicher/innen, die von Yad Vashem als „Gerechte der Völker“ geehrt wurden.

Ella Lingens wurde in einem Ehrengrab der Gemeinde Wien beigesetzt. „Aus der Kraft und Größe, die Ella Lingens auszeichnete, erwächst uns später Geborenen die Verpflichtung, die Mahnungen ihres Lebens und die ihrem Lebensweg zugrunde gelegten Werte weiterzutragen“, sagte Wiens Bürgermeister Michael Häupl. „Sie wird uns fehlen. Ihre Überzeugungen werden wir aber bewahren.“

Selbstmord im KZ Ravensbrück

Manchmal fährt weit draußen ein Zug, weit draußen, wo Menschen frei leben. Die Vögel schneiden den Himmel im Flug, Baumwipfeln siebst du im Winde beben ...

Ganz weit, hinter Draht und Mauer, das ist alles. Sonst bist du tot. Fühlst du's nicht? Es ist ungebeuer, und weit ist das werdende Morgenrot ...

Ich weiß alles, was du willst sagen: „Durchhalten, Kopf hoch, es geht vorbei, so kurz vor Schluss willst du verzagen? Mal über Nacht werden wir frei!“

„Du bist so tapfer, groß ist dein Mut, doch ich habe blutende Hände, heute schleppte ich Steine dort am Gut, hab' Hunger und seh' gar kein Ende.“

„Mein Mann ist erschossen, du weißt es genau, frei ohne ihn werden – hat keinen Sinn. Da wäre der schönste Himmel nicht blau, du siebst, wie mutlos ich bin.“

„Ich habe im Kampf mein Teil getragen, doch dieses Warten habe ich satt“ – – Ich möchte ihr vieles, vieles noch sagen – – Doch früh lag ihre Leiche am geladenen Draht ...

Antonia Bruha

Dieses Gedicht (und andere) wurden im KZ Ravensbrück auf Fetzen von Seidenpapier (von den im KZ verwendeten Verbänden) geschrieben.

Die Gedichte blieben erhalten, sie werden in den 840 Akten der Ravensbrück-Kartei des DÖW aufbewahrt.

Wir gratulieren

Zum 99. Geburtstag: Kleinschuster Josef, Kapfenberg. **98. Geburtstag:** Ponath Johann, Mannsersdorf. **97. Geburtstag:** Reitlinger Franz, Wien. **96. Geburtstag:** Mayer Fritz, Klagenfurt. **95. Geburtstag:** Borik Hilde, Wien. **93. Geburtstag:** Planer Franziska, Koch Maria, Salzburg; Gen.-Dir. a. D. Binder Otto, Böhm Paula, Ihm Paula, Koblizka Johanna, Reisinger Olga, Rödl Robert, Dr. Weitzmann August, Wien. **92. Geburtstag:** Gruber Marie, Schafranek Robert, Wien. **91. Geburtstag:** Beywinkler Fini, Guntramsdorf, Griebichler Hilde, Klagenfurt, Hanzlik Hella, Schmidt Rosa, Wagner Wilhelm, Wendler Fritz, Wien. **90. Geburtstag:** Leitgeb Georg, Baden; Seibert Franziska, Linz; Holubicka Franz, Salzburg; Baloun Leopold, Dosl Johann, Stein Josef, Wien. **85. Geburtstag:** Freisleben Rosa,

Baden; Neyder Rosalie, Linz; Kauderer Peter, Schmid Otto, Steininger Romana, Wacke Marie, Wien. **80. Geburtstag:** Enzinger Friedrich, Baden; Frieht Theresia, Feldkirchen; Zierhofer Karl, Guntramsdorf; Rihacek Johann, Retz; HR Mag. Holzer-Söllner Hermine, St. Pölten; Trappl Josef, St. Georgen/Steinf.; Bayer Johann, Grondinger Franz, Howorka Elisabeth, Meller Erich, Patschka Josef, Sadil Adolf, Stockinger Theresia, Vachek Charlotte, Wien. **75. Geburtstag:** Neuhauser Herbert, Innsbruck; Dragschits Josef, Klingenbach; Kahlhammer Helmut, Leoben; Abg. z. NR a. D. Haas Herbert, Schrems; Oswald Josef, Tragöß; Henglmüller Karl, Ltg. P. A. D. Ing. Hofmann Fritz, Huber Paula, Jaska Franz, Lachner Leopold, Petritsch Franz, Seiler Walter, Wien.

Heimkehrer für den „neuen Frühling“

Es wird der österreichischen Regierung der ersten Nachkriegszeit heute gern vorgehalten, dass sie an die 130.000 früheren österreichischen Bürger, vor allem solche jüdischer Herkunft, die, wie die Tragödie des Holocaust beweisen sollte, durch ihre Auswanderung dem sicheren Tod entgangen waren, keine ausdrückliche Einladung zur Rückkehr aussprach. Ganz abgesehen davon, dass sich „Spätgeborene“ ihr Urteil über die Verhältnisse im kriegszerstörten, hungernden, besetzten Österreich leicht machen, hat es aber doch eine beträchtliche Anzahl von Remigranten gegeben, die alle Schwierigkeiten überwand, um in die alte Heimat zurückzukehren. Angesichts der psychischen Belastung, die durch die Vorkommnisse bei der Vertreibung aus Österreich wohl für jedes der Opfer bestanden haben, war es bemerkenswert, in

welcher Weise sich diese in der unmittelbaren Nachkriegszeit Zurückgekehrten am Wiederaufbau des Landes beteiligten – um einen „neuen Frühling in der Heimat blühen“ zu lassen, wie es im Lied des Remigranten Erwin Weiss aufklug.

Diesen Menschen haben Heinz Kienzl und Susanne Kirchner als Herausgeber nun ein Buch der Erinnerungen und der Spurensuche gewidmet. Zwischen 1945 und 1955 kamen Tausende Vertriebene und Geflüchtete aus eigenem Antrieb zurück und halfen, das Land wirtschaftlich, kulturell und politisch wieder aufzubauen. „Tollkühne Idealisten“ nennt Heinz Kienzl diese Männer und Frauen, die oft gesicherte Existenz und Karrierechancen aufgaben, um heimzukommen.

Unter den sozialdemokratischen Heimkehrern gibt es eine ganze Reihe von Namen, die auf

die politische Entwicklung der Folgejahre maßgeblichen Einfluss hatten. An erster Stelle ist da unzweifelhaft der aus der schwedischen Emigration kommende Bruno Kreisky zu nennen, neben ihm stehen Namen wie Karl und Margit Czernetz, Julius Deutsch, Paula Wallisch, Anne Kohn-Feuermann, Josef Hindels, Peter und Jenny Strasser, Alois Reitbauer, Karl Weigl, Karl Hans Sailer, Franz Novy, Hella Hanzlik, Stella Klein-Löw, Otto Binder; nicht zu vergessen die Journalisten Oskar Pollak, Walter Hacker, Alfred Magaziner und Jacques Hannak, um nur einige zu nennen.

Welche Bedeutung das Wirken vieler dieser Remigranten erlangte, wird in den Kapiteln über den „Austrokeynesianismus“ (Kienzl), die Funktionäre von Gewerkschaft und Arbeiterkammer (Kienzl/Pepper/Staribacher), das Bankwesen (Binder),

den Journalismus (Krejci) und die Kultur (Markus, Weiser) ausführlich dargestellt. Zeitzeugen und Verwandte erinnern sich an Karl Hartl, Friedrich Engel-Janosi, Minna und Ernst Lachs, Wilhelm Rosenzweig, Joseph T. „Hasi“ Simon und Walter Wodak. In die Tiefe gehende Aufschlüsse über Schicksal, Geisteshaltung und Tätigkeit der Remigrantinnen und Remigranten geben die biografischen Interviews mit 17 von ihnen, darunter Heinz Barazon, Josef Eksl, Hannah Fischer, Kurt Menasse und Otto Tausig. Ein Buch, das eine Lücke in der österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts schließt!

Manfred Scheuch

Heinz Kienzl/Susanne Kirchner (Hg.), „Ein neuer Frühling wird in der Heimat blühen“, Franz Deuticke Verlag, Wien 2002.

Weltweite Proteste gegen den Krieg

Am 15. Februar 2003 protestierten Millionen Menschen in den großen Städten weltweit gegen den von den USA mit Akribie geplanten Krieg im Irak. Eine der größten Demonstrationen fand in Washington gegen die Politik der Bush-Administration statt. In Berlin gab es die größte Friedenskundgebung der letzten Jahrzehnte. In Österreich, wo es durch die Neutralität und Nichtmitgliedschaft in der Nato keine so hohe Betroffenheit unter der Bevölkerung gibt, demonstrierten dennoch ca. dreißigtausend vorwiegend junge Menschen aus den verschiedensten politischen Lagern und religiösen Gemeinschaften bei einem Friedensmarsch vom Wiener Westbahnhof zum Stephansplatz gegen die katastrophale Kriegspolitik der USA. Eine der

größten Gruppen bei dieser Demonstration stellte die Sozialistische Jugend, die traditionsgemäß in der Friedensbewegung immer eine große Rolle spielt.

Zur Zeit bemühen sich die Waffeninspektoren der UNO, den Irak zur hundertprozentigen Einhaltung der Resolution 1441 anzuhalten. Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder sowie auch Präsident Putin haben sich in Erklärungen für weitere Friedensinitiativen und gegen aktive Kriegshandlungen ausgesprochen. Auch Papst Johannes Paul II hat sich in mehreren Friedensappellen gegen den Krieg gewandt.

Die Nachbarn des Iraks befürchten in der Folge eines Krieges größere politische Umwälzungen, die zum Beispiel im Nordirak zu neuerlichen

Auseinandersetzungen zwischen den Kurden und der Türkei führen könnten. Deshalb ist die gegenwärtige gemäßigt-islamische Regierung Gül unter dem Druck der Volksmeinung und des türkischen Parlaments nicht imstande, die vollen Wünsche der führenden Nato-Macht USA zu erfüllen.

Hier zeigt sich wieder, in welcher Rolle Nato-Länder durch ihre Beistandsverpflichtung gedrängt werden, eine Rolle, die sich die österreichische Regierung durch den anhaltenden Widerstand der Sozialdemokraten und der Grünen gegen eine Aufgabe der Neutralität erspart hat.

Wohin die Entwicklung steuert, kann heute nicht gesagt werden. Jedenfalls besteht die Hoffnung auf den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und auf die

Stimmung der Bevölkerung in den meisten Ländern der Welt, den Krieg, der von der US-Administration schon vorbereitet ist, noch zu verhindern.

Vor allem steht auch die Bevölkerung in den Vereinigten Staaten nicht mehr so eindeutig hinter den Plänen von Präsident Bush.

Sollte dennoch ein Krieg geführt werden, dann ist es eine falsche Perspektive zu glauben, dass dann die Demokratie an die Stelle der Diktatur Saddam Husseins im Irak einkehrt. Es besteht eher die Gefahr, dass die Erben dieses Regimes eine Militärdiktatur ohne Saddam Hussein, die auch von den USA nicht geliebten islamischen Fundamentalisten, sein werden.

Ernst Nedwed

„Wider den undeutschen Geist“

Am 10. Mai 1933 kam es in allen Universitätsstädten des Deutschen Reiches, das damals gerade 3 Monate von den Nationalsozialisten regiert war, zu Bücherverbrennungen. Dieser kulturfeindliche Frevel kam auf studentisches (!) Betreiben zustande und erhielt die Bezeichnung „Wider den undeutschen Geist“.

In dem Drama „Almansor“ lässt Heinrich Heine den Hassan die berühmten und – für das Spanien der Inquisition und das Deutschland der NS-Herrschaft prophetischen – Worte sprechen: „Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“. Büchervernichtungen haben in Europa eine gewisse Tradition. Vor allem die katholische Kirche des Mittelalters betrieb derart eine umfangreiche Zensur und Verfolgung ihrer Gegner. Bereits kurz nach der Machtergreifung am 30. Jänner 1933 wurden vom Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund und der Deutschen Studentenschaft, dem Dachverband aller Studierenden, „schwarze Listen“ angelegt. In diesen Listen fanden sich

mehr als 200 AutorInnen „zersetzender jüdischer und marxistischer Schriften“. Das Bestreben, andersdenkende, linke und demokratische SchriftstellerInnen sowie deren Werke zu eliminieren, war eine Terrormaßnahme, die, so wie das Verbot jeglicher politischer Opposition und freier Presse, die nationalsozialistische Herrschaft stabilisieren sollte. Nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar und dem Judenboykott vom 1. April waren die Bücherverbrennungen das letzte große Spektakel der „revolutionären Phase“ der Nazis. Die nationalsozialistische „Literatur“-Politik mit Bücher- und Verbot und Verfolgung vieler der besten Vertreter ihres Berufes – rund 2.000 von ihnen gingen ins Exil – blieb nicht ohne negative Folgen für die Zeit nach 1945. Die verfolgten Autoren sind nur zu einem kleinen Teil nach dem Krieg wieder ins literarische Bewusstsein deutschsprachiger LeserInnen zurückgekehrt – viele über eine Zwischenstation in der DDR.



Propagandaminister Joseph Goebbels hetzte zur Bücherverbrennung

Der bekannte antifaschistische Schriftsteller Oskar Maria Graf, der 1933 in der „Arbeiter-Zeitung“ forderte: „Verbrennt auch mich“, schrieb: Sie waren „aus dem Bewusstsein dieses Volkes für immer ausgelöscht“.

Es ist die Pflicht und Aufgabe heute aufklärerisch tätiger Menschen, gegen dieses Vergessen vieler der bedeutendsten Werke der deutschen Literatur zu arbeiten!

Gerald Netzl

Fahrt zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau 12.–18. April 2003

Die Studienfahrt eröffnet die Möglichkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit einem der einschneidendsten Kapitel unserer jüngsten Vergangenheit. Ziel ist die Auseinandersetzung mit Auschwitz als Synonym der NS-Verbrechen und die Diskussion von Bezügen zur Gegenwart.

12./13. April: Vorbereitungssseminar im Bildungshaus Großrußbach/NÖ. **14. April:** Abreise nach Oswiecim/Auschwitz. **15. April:** Besichtigung von Auschwitz; Besichtigung von Birkenau. **16. April:** Besuch des Archivs der Gedenkstätte, der Kunstsammlungen. **17. April:** Stadtbesichtigung Krakau, Besuch des jüdischen Viertels. **18. April:** Rückfahrt.

Im Preis von € 400,- sind alle Reise-, Aufenthalts-, Verpflegungs- und Eintrittskosten enthalten.

Informationen und Anmeldung: Karin Liebhart, A-1060 Wien, Stumpergasse 56,

E-Mail: liebhart@ibs.ac.at,

Tel.: +43 1/599 91-172

Fax: +43 1/599 91-171

Abschied von Konrad Wurm



Am 11. November 2002 ist in Innsbruck Konrad Wurm im Alter von 88 Jahren gestorben.

Wurm, gelernter Buchhändler, leitete jahrelang die Zweigstelle Tirol der Büchergilde Gutenberg. In der Zeit des Austrofaschismus seiner sozialdemokratischen Gesinnung weiter treu, erlitt er danach Krieg und Gefangenschaft in der ganzen Härte. Konrad Wurm war durch Jahrzehnte Funktionär der GPA sowie langjähriges Mitglied der Bundeskontrolle unseres Bundes.

Hitler-Fan Kostelić

Der kroatische Spitzenskifahrer und mehrfache Slalom-Sieger Ivica Kostelić hat sich durch ein Interview ins schiefe Licht gerückt. In dem kroatischen Magazin „Nacional“ wird der 24-Jährige mit untragbaren nazifreundlichen Äußerungen zitiert. So soll er zu seinem Sieg in Kranjska Gora gesagt haben: „Das Geheimnis war, dass ich am Start vorbereitet war wie ein deutscher Soldat am 22. Juni 1941“ (dem Tag des Überfalls auf die Sowjetunion). Oder: „Unter

den Nazis hat man als Individuum Karriere machen können, während im Kommunismus den Menschen Glaube und Ambition verboten waren. Für Stalin war es normal, dass er aufwachte und fünf Generäle umbrachte, auch seine Freunde ... Hitler tötete nur jene, die ihm nach dem Leben trachteten. Das würde auch ich machen, wenn ich Diktator wäre.“

Anlässlich dieser empörenden Aussagen verlangte der Landesverband Steiermark Süd des Bun-

des Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer vom Österreichischen Skiverband eine sofortige Sperre des kroatischen Sportlers in Österreich. Von der Hypo-Alpe-Adria-Bank AG, die Ivica Kostelić fördert und nach Österreich einlädt, fordert der Landesverband, ihre Sponsorenphilosophie zu überdenken. „Nazi-Bewunderer, ganz gleich, woher sie kommen, haben in Österreich nichts verloren“, sagte Albert Kaufmann, der Vorsitzende der steirischen Freiheitskämpfer. ■

Gestorben für die Freiheit

Im Jänner wurde in den Medien sehr ausführlich an die furchtbare Niederlage der 6. Armee der Deutschen Wehrmacht und die Kapitulation des noch während der Schlacht um Stalingrad von Hitler zum Generalfeldmarschall ernannten höchsten Offiziers Friedrich Paulus erinnert.

Stalingrad brachte die Wende. Hitler, der „größte Feldherr aller Zeiten“, befahl Paulus, in der von der Roten Armee eingekesselten Stadt Stalingrad bis zum letzten Mann auszuharren. Das Ergebnis: 240.000 Soldaten der 6. Armee, darunter 50.000 Österreicher, kamen ums Leben. Auf sowjetischer Seite starben mindestens 500.000 Menschen. Die genaue Zahl der zivilen Opfer ist nicht eruierbar. 90.000 deutsche Soldaten kamen in Gefangenschaft, etwa 6.000 von ihnen überlebten.

Unter dem Eindruck dieser Niederlage und des unübersehbaren Niedergangs der Naziherrschaft ins schiere Verbrechen entstanden im zivilen Bereich neue antinazistische Gruppen.

Eine dieser Gruppen operierte seit langer Zeit in Bayern. Am 18. Februar 1943 kam es zu einer mutigen, schon länger vorbereiteten Flugblattaktion in der Münchner Universität. Eine Gruppe Studenten, unter ihnen die Geschwister Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst, verteilte Flugblätter, in denen auf die Untaten der Nazi-Machthaber hingewiesen wurde.

Die Verteilung erfolgte auf den Gängen der Universität. Weitere Flugblätter warfen sie vom obersten Stock in die Eingangshalle der Universität. Der Portier des Hauses beobachtete diese Aktion, versperrte die Türen der Universität und verständigte die Gestapo.



Sie bezahlten ihren Mut zum Widerstand mit dem Tod: Hans und Sophie Scholl, Christoph Probst. Sophie Scholl erhielt nun ein Denkmal in Bayerns „Walhalla“.

„Deutsche Jugend, steh auf!“

Erschüttert steht unser Volk vor dem Untergang der Männer von Stalingrad. Dreihundertdreißigtausend deutsche Männer hat die geniale Strategie des Weltkriegsgefreiten sinn- und verantwortungslos in Tod und Verderben gehetzt. Führer, wir danken dir!

... Es gilt den Kampf jedes Einzelnen von uns um unsere Zukunft, unsere Freiheit und Ehre in einem seiner sittlichen Verantwortung bewussten Staatswesen. Freiheit und Ehre! Zehn Jahre lang haben Hitler und seine Genossen die beiden herrlichen deutschen Worte bis zum Ekel ausgequetscht, abgedroschen, verdreht, wie es nur Dilettanten vermögen, die die höchsten Werte der Nation vor die Säue werfen. Was ihnen Freiheit und Ehre gilt, haben sie in zehn Jahren der Zerstörung aller materiellen und geistigen Freiheit, aller sittlichen Substanzen im deutschen Volk genugsam gezeigt. Auch dem dümmsten Deutschen hat das furchtbare Blutbad die Augen geöffnet, das sie im Namen der deutschen Nation in ganz Europa angerichtet haben und täglich neu anrichten. Der deutsche Name bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet ... Die Toten von Stalingrad beschwören uns!

Aus dem 6. Flugblatt der „Weißen Rose“

Damit war das Schicksal der Geschwister Scholl und ihrer Mitstreiter besiegelt. Mit Sophie und Hans Scholl wurden weitere zwölf Angehörige der

Gruppe, die sich „Weiße Rose“ nannte, verhaftet und vor Gericht gestellt. Vor dem 1. Senat des VGH, unter dem Vorsitz des berichtigten Blutrichters

Roland Freisler, eines fanatischen Nazis, der aus Berlin zur Verhandlung eilte, kam es vor 60 Jahren, am 22. Februar 1943, zum Prozess.

Der so genannte Volksgerichtshof (VGH) verurteilte Sophie Scholl, 22 Jahre alt, und ihren 25 Jahre alten Bruder Hans, Willi Graf und Christoph Probst, beide 25 Jahre alt, Alexander Schmorell, 26 Jahre alt sowie Prof. Kurt Huber zum Tode.

Die Todesurteile an Sophie und Hans Scholl sowie an Christoph Probst wurden drei Stunden nach der Urteilsverkündung durch das Fallbeil vollstreckt. Am 13. Juli 1943 wurden ihre Mitkämpfer und Freunde Alexander Schmorell und Prof. Huber und am 13. Oktober 1943 Willi Graf enthauptet. Die Verbrechen der Nazis wurden durch diese Urteile um ein Kapitel reicher. Vor seiner Hinrichtung rief Hans Scholl – so wird berichtet – „Es lebe die Freiheit“.

Diese mutigen Menschen verdienen es, wenn wir uns ihrer aus Anlass ihres Todes vor 60 Jahren erinnern.

Das Land Bayern setzte am 22. Februar 2003 der ermordeten Sophie Scholl ein Denkmal. In der „Walhalla“ bei Regensburg wurde eine Büste der Studentin Sophie Scholl (die fünfte Frau unter den rund 130 dort geehrten Persönlichkeiten) enthüllt.

Mit dieser Aufnahme in die hoch über dem Donautal thronende deutsche Ruhmeshalle werde der gesamte Widerstand gegen die Hitler-Diktatur geehrt, sagte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU).

Eine beachtenswerte Geste der bayerischen Politiker. ■

Alfred Ströer

Venezuela im Fieber

Aine absurde Allianz aus Bossen der Ölindustrie und US-amerikanischen Firmen, korrupten Gewerkschaftern, Unternehmerorganisationen und einigen hohen Armeeoffizieren versuchte bereits im April des Vorjahrs den demokratisch gewählten Präsidenten Venezuelas Hugo Chávez aus seinem Amt zu putschen. Der Coup scheiterte am Widerstand der armen Bevölkerung und an der Loyalität der Armee. Nun soll im zweiten Anlauf Chávez gestürzt werden. Seit 2. Dezember herrscht im Land Generalstreik und in den Straßen der Hauptstadt liefern sich die Bourgeoisie und die Armen des Landes bei Demonstrationen erbitterte Gefechte.

Hugo Chávez wurde 1998 mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt und 2000 auf Basis einer neuen Verfassung vom Volk bestätigt. Chávez steht für eine konsequente Politik im Interesse der ärmeren Schichten, die bereits 80 % der Bevölkerung ausmachen und die in Chávez den lang ersehnten Hoffnungsträger sehen, der sie aus dem Elend führen wird. Dass die Zahl der Armen in Venezuela, das unter den erdölexportierenden Ländern an 5. Stelle steht, dieses Ausmaß angenommen hat, ist den korrupten Vorgänger-Regierungen, insbesondere der Regierung des „Sozialdemokraten“ Carlos Andrés Pérez, zu verdanken. Der Ex-Präsident und seine Partei „Acción Democrática“ (Mitglied der Sozialistischen Internationale) wurden 1993 wegen Korruption verurteilt. Pérez hat sich daraufhin ins Ausland abgesetzt, zieht von dort aber noch die Fäden gegen Chávez. Sein Regime war alles andere als sozialdemokratisch: Demonstrationen gegen seine Regierung waren verboten und Regimegegner und Demonstranten

wurden vom Geheimdienst bespitzelt. 1989 kam es in Caracas zu Hungerdemonstrationen. 5.000 Demonstranten wurden von der Nationalgarde erschossen oder „verschwanden“ nach ihrer Verhaftung. Die Medien standen unter staatlicher Zensur, kritische Journalisten wurden angeklagt oder durch Bestechung auf Regierungslinie gebracht.

Die Acción Democrática und der „sozialdemokratische“ Gewerkschaftsverband CTV haben es Chávez nie verziehen, dass er es war, der die herrschende Korruption aufdeckte und ihre politische Marginalisierung mit einem revolutionären Reformprogramm und seinem Wahlsieg herbeiführte. Damit verhinderte Chávez u. a. die geplante Privatisierung der staatlichen Erdölindustrie PDVSA und den Austritt Venezuelas aus der OPEC. Mit der Privatisierung sollte die Erdölindustrie an die US-Konzerne ausgeliefert werden. Den USA ist Chávez daher ein schmerzlicher Dorn im Auge, ist Venezuela doch ihr wichtigster Öllieferant. Aber nicht nur die USA, auch der Exil-Kubaner Gustavo Cisneros, dem die meisten Zeitungen und privaten Fernsehkanäle, die Fluglinien und Bergwerke des Landes gehören, zählen zu den Gegnern des Präsidenten. Cisneros raffte sein Vermögen, das das zweitgrößte Privatvermögen Lateinamerikas ist,

durch Korruption mit Ex-Präsident Pérez zusammen. Sein Medium-Imperium ist beherrschendes Sprachrohr der Opposition im Lande und führt einen fanatischen Propagandafeldzug gegen Chávez und sein Regierungsprogramm. Die Opposition wirft Chávez vor, ein neues Kuba zu errichten und die Demokratie in Venezuela zu beseitigen.

Was will Chávez und warum unterstützt die überwiegende Mehrheit sein Reformprogramm?

Sein Programm weist viele Parallelen zum Programm des 1973 durch einen von den USA unterstützten Militärputsch gestürzten und ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende auf. So wie dieser will Chávez die Reichtümer seines Landes, insbesondere die Einkünfte aus dem Erdöl, dem venezolanischen Volk erhalten und nicht den US-Konzernen ausliefern. Er will die Armut beseitigen, ein kostenloses Gesundheitssystem schaffen, den Analphabetismus der indigenen Bevölkerung beseitigen, durch das neue Landgesetz die Bodenspekulation bekämpfen und eine Bodenreform einleiten. Die neuen Umweltgesetze schränken den Raubbau an den Fischbeständen ein und sollen zu einer nachhaltigen Fischfangwirtschaft führen. Er will die Indianervölker vor den Ausbeutungsinteressen der interna-

tionalen Tourismus- und Bergbauindustrie schützen. Und Chávez steht der von den USA betriebenen Schaffung einer von Alaska bis Feuerland reichenden Freihandelszone (ALCA) ablehnend gegenüber. Seine Ablehnung wird von Brasilien und Kuba sowie von den sozialen Bewegungen Lateinamerikas geteilt, da zu befürchten ist, dass mit ALCA die Agrarprodukte und Industriewaren aus den USA den lateinamerikanischen Markt überschwemmen und die nationalen Wirtschaften in den Abgrund treiben würden. Der Venezuela-Experte René Kuppe, Assistenzprofessor an der juristischen Fakultät der Uni Wien und Mitarbeiter an der neuen venezolanischen Verfassung: „Die Chávez-Verfassung ist die demokratischste ganz Lateinamerikas“.

Die Berichte in den österreichischen Medien über den Generalstreik (eigentlich „Paro“ = Stillstand) entsprechen nur teilweise den Tatsachen. Gestreikt wird von den großen Handelsketten und internationalen Firmen (McDonald's, Coca-Cola, Plumrose) und von der Ölindustrie. Die Mehrheit der Erdölarbeiter lehnt den Streik ab, wird aber teilweise durch Entlassungsdrohungen genötigt, ihn zu unterstützen. Die große Mehrheit der Klein- und Mittelbetriebe in Handel und Gewerbe vor allem in den Wohngebieten der Armen haben sich, trotz Drohungen, dem Streik nicht angeschlossen. Hugo Chávez erklärte, dass er sich der Sabotage und den subversiven Aktionen der Opposition nicht beugen werde. Er kündigte jedoch an, sich einem verfassungsmäßig vorgesehenen Referendum zu Beginn der zweiten Hälfte seiner Amtszeit zu stellen. „Wenn ich verliere, gehe ich. Aber ich glaube nicht, dass ich verliere.“

Alfred Kohlbacher

Militärschießplatz Kagan

Am 12. März präsentierten Herbert Exenberger und Heinz Riedel ihr neues Buch „Militärschießplatz Kagan“. Auf diese wichtige Neuerscheinung, die die zwischen 1940 und 1945 vollzogenen Hinrichtungen von Opfern der NS-Militärjustiz zum Inhalt hat,

haben wir bereits in der Ausgabe 10-11-12/2002 ausführlich hingewiesen. Insgesamt sind bisher 129 Opfer namentlich bekannt. Das Buch ist in der Schriftenreihe des DÖW zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen erschienen. Es umfasst 112 Seiten und kostet € 5,00.

Die Kurzweil – ein Familienschicksal

1 990 wurden in einem südfranzösischen Gemeindemagazin einige versiegelte Kabinenkoffer gefunden, die bereits 1942 für die Flucht in das rettende Überseeexil gepackt worden waren. Die Weiterreise wurde jedoch von der als verlängerte Arm der Nazis agierenden Polizei des kollaborierenden Vichy-Regimes unterbunden. Die Habseligkeiten in den Koffern gehörten der 1938 aus Graz vertriebenen Familie von Gisela, Bruno und Adele Kurzweil, die über kurze Zwischenstationen in den Lagern von Septfonds und Drancy nach Auschwitz deportiert und dort bereits nach der Ankunft im September 1942 in der Gaskammer ermordet wurde.

Das Gymnasium in Montauban, das Adele Kurzweil in ihren letzten beiden Lebensjahren besucht hatte, erforschte im Rahmen eines engagierten Projektunterrichts anhand der in den Koffern gefundenen persönlichen Dokumente die Lebensgeschichte der Familie und benannte zur Erinnerung einen Schulhof nach Adele Kurzweil.

Zu den überlebenden Kameradinnen von Adele Kurzweil zählt die in den USA lebende Hanna Papanek. Sie gehörte gemeinsam mit Adele der von Marianne Pollak und Erna Sailer geleiteten Pariser-Rote-Falken-Gruppe an. Später wohnten beide Mädchen in einem Heim für Flüchtlingskinder, das vom sozialdemokratischen Pädagogen Ernst Papanek geführt und für seine fortschrittliche, demokratische und mutmachende Atmosphäre bekannt wurde. (Ernst Papanek hat seinen Schützlingen mit dem Buch „Die Kinder von Montmorency“, Wien 1980, ein berührendes Denkmal der Erinnerung gesetzt.) Hanna Papaneks Anliegen war es, nun eine



Ein Foto aus glücklichen Tagen: Familie Kurzweil vor 1934

Verbindung zu Graz herzustellen. Dort fanden sich 16 Schülerinnen und Schüler im Alter der ermordeten Adele, die sich gemeinsam mit Historikern auf die Spurensuche in Graz und Montauban begaben.

Die Eltern Gisela und Bruno Kurzweil entstammten beide aus Böhmen zugewanderten jüdischen Familien, waren aber bereits früh aus der israelitischen Kultusgemeinde ausgetreten. Dieser Schritt war damals nicht untypisch für viele Genossinnen und Genossen jüdischer Herkunft, die sich mit großem Enthusiasmus der Arbeiterbewegung, die für sie alle Hoffnung auf endgültige Emanzipation verkörperte, angeschlossen hatten.

Bruno Kurzweil war schon in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg während seiner Studienzeit an der juristischen Fakultät der Grazer Universität in sozialdemokratischen Organisationen engagiert. Nach dem Studium trat er in die Kanzlei des Parteianwaltes der steirischen Sozialdemokratie Arnold Eisler ein. Nachdem Eisler als Nationalrats-

abgeordneter und Mitglied des Verfassungsgerichtshofes nach Wien übersiedelt war, avancierte Kurzweil zum führenden Anwalt der Linken in politischen Prozessen. So erstattete er bereits 1927 eine Anzeige gegen den Heimwehrführer Walter Pfrimer wegen Hochverrates und öffentlicher Gewalttätigkeit und verteidigte 1933 erfolgreich den Funktionär der Sozialistischen Jungfront Otto Fischer, der in Notwehr einen Nationalsozialisten tödlich verletzt hatte.

Adele Kurzweil wurde 1925 geboren und verbrachte eine behütete Kindheit in für jene Zeit wohlhabenden Verhältnissen. Zu ihren besten Freundinnen zählte Maria Robinson, die Tochter des Chefredakteurs der steirischen sozialdemokratischen Tageszeitung „Arbeiterwille“, die heute als Mary Sive in den USA lebt. In diese Idylle brachen 1938 die Nazis ein.

Adele hatte bislang keinen Bezug zum Judentum gehabt und sah sich plötzlich als Jüdin ausgegrenzt. Der Vater wurde aus der Rechtsanwaltskammer ausgeschlossen und erhielt Berufsverbot. Im Oktober 1938 konnte die Familie nach Frankreich flüchten, wo sich in Paris Bruno Kurzweil der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVÖS) anschloss. Von Kriegsbeginn bis Februar 1940 wurde er interniert, was das Gefüge der an einen besonders engen Zusammenhalt gewohnten Familie schwer erschütterte. Währenddessen war Adele in einem von Ernst Papanek geleiteten Heim in Montmorency untergebracht. Nach dem Einfall

der Wehrmacht in Frankreich flüchteten die Kurzweils nach Montauban, wohin auch die AVÖS transferiert wurde. Obwohl auch Papaneks Heim in den Süden verlegt wurde, zog Adele nun wieder zu ihren Eltern und besuchte das Gymnasium von Montauban.

Nach der Flucht von Joseph Buttinger in die USA übernahm Bruno Kurzweil für die Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten die „Agenden der Verlassenschaft“, wie er es selbst in einem Brief an Buttinger ausdrückte. Nun ging es darum, möglichst vielen die rettende Flucht zu ermöglichen. In enger Zusammenarbeit mit Muriel und Joe Buttinger konnte Bruno Kurzweil vielen Genossinnen und Genossen helfen, während die eigene Rettung missglückte. Kurzweil beging den fatalen Fehler, sich und die Familie vom Vichy-Regime als Juden registrieren zu lassen, womit er den Behörden die spätere Verhaftung erleichterte. Für Adele Kurzweil wurde das starke Zusammengehörigkeitsgefühl der Familie zum Verhängnis. Henry Leichter berichtet, dass sie hätte gerettet werden können, wenn sie sich – wie vorgeschlagen – einer anderen Familie mit Visa für die USA als fingierte „Tochter“ angeschlossen hätte.

Bis zuletzt war Bruno Kurzweil verzweifelt bemüht, für seine Familie Ausreisepapiere zu erhalten. Er benötigte nur noch die Bestätigung der Visa für Mexiko, als am 26. August 1942 die todbringenden Häscher zuschlugen.

Heimo Gruber

Das Buch „Der Koffer der Adele Kurzweil“ kann bei Clio, Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit, Großgrabenweg 8, 8010 Graz (Tel. 0676/648 54 14) bestellt werden.

Universitätsräte von ganz rechts

Bundesministerin Elisabeth Gehrher hat folgende vier Personen aus rechtsextremistischem bzw. burschenschaftlichem Umfeld zu Mitgliedern der mit wichtigen Kompetenzen ausgestatteten Universitätsräte berufen. Sie werden also mit zuständig sein für Fächerauswahl, Personalauswahl, Finanzierung der Universitäten. Die Berufung erfolgte bereits vor der offiziellen Einigung von Schwarz-Blau. Offenbar hat Frau Gehrher aber schon fix damit gerechnet.

Dr. Friedrich Stefan (Universität Wien), „Alter Herr“ der rechtsextremen Wiener Burschenschaft Olympia. 1989 Autor in deren Festschrift „Wahr und treu, kühn und frei!“, schreibt er unter anderem: „In Österreich stellt der Kampf gegen die so genannte ‚österreichische Nation‘ eine neue Form des Volkstumskampfes dar. Die nach 1945 neu propagierte ‚Nation‘ wird als bewusster Gegensatz zur deutschen Nation verstanden, der mehr als 90 % aller Österreicher trotz der Einbürgerung vieler fremdvölkischer Menschen in den letzten Jahren nach wie vor angehören.“

Emer. Prof. Dr. Gerhard Pendl (Medizinische Universität Wien), „Alter Herr“ der Wiener Burschenschaft Oberösterreich Germanen; Autor im rechtsextremen Monatsblatt

„Aula“, welcher er 1991 zum 40-jährigen Bestehen gratulierte: „... so ist aber der von Ihnen hochgehaltene Sinn für Volk und Vaterland das Brot für die Gesellschaft, ehe sie sich vom versalzenen multikulturellen Brei übergeben muss. Die Aula ist eine Zeit- und Streitschrift, auf die Österreich nicht verzichten kann; sie ist einfach notwendig in einem Staat, deren monopolistische Meinungsträger in Presse und Funk als einziger Staat auf dieser Erde ihrem Bürger nicht erlaubt, sich als Deutscher zu bekennen, ohne dass dieser sich nicht dem Vorwurf der Wiederbetätigung aussetzt – zu jeder anderen Ethnizität kann er sich aber ungerügt bekennen!“

Univ.-Prof. Dr. Udo Losert (Veterinärmedizinische Universität Wien), „Alter Herr“ der Wiener Grenzlandsmannschaft Cimbria, welche Ende der 80er Jahre mehrere (ehemalige) Aktivisten der neonazistischen Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition integrierte; zuletzt machte die Cimbria von sich reden, als im April 2002 mit Clemens Otten einer ihrer ehemaligen Aktiven die Neonazi-Kundgebung gegen die „Wehrmachtsausstellung“ am Wiener Helldorferplatz organisierte.

Dr. Peter Weiß (Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz), Verleger; sein Karolinger-Verlag war zumindest

bis 2001 mit 10 % am W3-Verlag beteiligt; bei diesem handelt es sich um den Eigentümer des FPÖ-nahen Wochenblattes „Zur Zeit“. Im Karolinger-Verlag er-

scheinen Schriften von deklarierten Antidemokraten, darunter ein „Tagebuch“ von Armin Mohler, der sich selbst als „Faschist“ bezeichnet. ■

Bruno-Kreisky-Preise 2003

Im Jänner 2003 wurden die diesjährigen Kreisky-Preise für das politische Buch vergeben. Der Hauptpreis ging an den Schriftsteller Gerhard Roth für sein literarisches und publizistisches Gesamtwerk (sieben Bände „Die Archive des Schweigens“). Anerkennungspreise wurden an Susanne Feigl (für eine Johanna-Dohnal-Biographie), Stephan Moritz („Grüß Gott und Heil Hitler“), Ursula Mitterlehner („Hausarbeit zum

Nulltarif“), an das Autorenteam M. Horváth, A. Legerer, J. Pfeifer und S. Roth (für „Jenseits des Schlusstrichs“, ein Buch über die Organisation „Gedenkdienst“) sowie an den Redakteur des Sozialdemokratischen Kämpfers, Manfred Scheuch, für sein Buch „Das größere Europa“ vergeben. Auf dem Bild: Altkanzler Franz Vranitzky und der Vorsitzende der Jury, Europa-Abgeordneter Hannes Swoboda, bei der Übergabe der Urkunde. ■



Unser Redakteur Dr. Manfred Scheuch erhielt für sein Werk „Das größere Europa“ einen der Kreisky-Anerkennungspreise 2003 für das politische Buch (mit Laudator Franz Vranitzky und Juryvorsitzendem Hannes Swoboda)

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freieitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0

Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. März 2003.
Nächstes Heft: Mai/Juni 2003.

DUR: 0904783
HERRN BEZ. RAT DIR.
JOHANNES SCHWANTNER
DARINGERG. 14/25/6
1190 WIEN